

## Deutschland.

**Berlin, 3. November.** So viel in unterrichteten Kreisen verlautet, wird die Thronrede in ihrem Pöss über die auswärtige Politik einen sehr friedlichen Charakter haben und der vollsten Friedensausrichtung Ausdruck geben. Andererseits wird dieselbe eine Reihe von Vorlagen aus den verschiedenen Ministerien ankündigen. Ueber die Art und Weise der Deckung des Defizits dürfte sich die Thronrede der näheren Angaben enthalten. Auf anderem Wege erfahren wir in dieser Hinsicht, daß der Gedanke, die Deckung durch einen Steuerzuschlag herbeizuführen, von Seiten der Regierung entschieden aufgegeben worden ist. — Die Zeitungen fahren in ihren mythologischen Mittheilungen in Betreff des Grafen Bismarck noch immer fort. Es stehen sich namentlich zwei extreme Auffassungen gegenüber. Nach der einen soll sich Graf Bismarck nach lässlicher Ruhe und nach Entfernung von allen politischen Geschäften sehnen und nur nach Berlin zurückkehren wollen, um nicht in die Ungnade des Königs zu fallen, der ihn an der Spitze der Staatsverwaltung zu erhalten wünsche. Nach der andern Version halte sich Graf Bismarck nur so lange von Berlin entfernt, weil er mit widerstrebenden Einflüssen zu kämpfen habe, die gelähmt und zu Boden geworfen werden müßten. Der gesunde Sinn des Volkes wird sich selbst sagen, daß wir es hier mit der Art von drastischen Darstellungen zu thun haben, die häufig von der Oppositionspresse angewandt werden, um auf den schwächeren Theil der Leser besser einzuwirken. Von Blättern, welche die letztere Auffassung vertreten, wird in der Regel zugleich dem General v. Manteuffel eine bedeutende Rolle zugeordnet und derselbe als der Nachfolger des Grafen Bismarck angesehen. So viel wir wissen, hat General v. Manteuffel sich in der letzten Zeit von der Politik vollständig fern gehalten und sich namentlich niemals in Widerspruch mit der Politik des Grafen Bismarck gesetzt. Im Gegentheil hat er ja früher eine politische Mission sehr glänzend und zur Zufriedenheit des Grafen Bismarck ausgeführt. Wer übrigens die Stimmung in den hiesigen maßgebenden Kreisen kennt, wird wissen, daß dort eine Politik nicht auf Anerkennung zu rechnen hätte, die in Widerspruch mit der des Grafen Bismarck stände. — Die „Demokratische Korrespondenz“ des Hrn. Freie sieht ein Zeichen der Ohnmacht Preußens darin, daß sich dasselbe der Streitkräfte Sachsens in Südwest-Deutschland zu verschaffen suche. Daß Preußen die Streitkräfte Deutschlands zu konzentriren bestrebt ist, geschieht weniger in seinem Interesse als im Interesse der Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands. Daß übrigens diese saubere preußenfeindliche Gesellschaft bei ihren Aeußerungen ihr Augenmerk immer nur auf Frankreich richtet und daß diese alle darauf zugespitzt sind, eine Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten hervorzurufen, zeigt wieder in der schamlosesten Weise ein Artikel des Münchener „Volksboten“, der geradezu sagt, daß Deutschland vom Joche Preußens nur durch Frankreich befreit werden könne. — Aus dem am 25. v. M. zu Baden-Baden abgeschlossenen Telegraphen-Verträgen ist noch anzuführen, daß sich die Gebühren für eine telegraphische Depesche über 20 Worte für je weitere 10 Worte oder einen Theil von 10 Worten um die Hälfte des einfachen Gebührensatzes erhöhen. Die Bestimmungen der Verträge, welche sich nicht auf die Eintheilung nach Taxquadrate und die Gebühren beziehen, treten am 1. Juli 1869 in Kraft. Die Verträge sind von Jahr zu Jahr kündbar, aber immer nur am 1. Januar eines jeden Jahres. Befußt der Fortbildung der Beziehungen zwischen den Telegraphen-Verwaltungen findet zeitweise nach Bedürfnis ein Zusammentritt der Abgeordneten statt. Die nächste Konferenz wird in Berlin abgehalten. In einem den Verträgen beigegebenen Protokoll wird ausgesprochen, daß die reglementarischen Bestimmungen des in Wien revidirten internationalen Telegraphen-Vertrags und des dazu gehörigen Dienst-Reglements schon vom 1. Januar 1869 an auf die Vereins-Korrespondenz volle Anwendung finden. Die Telegraphenverwaltung des norddeutschen Bundes übernimmt die Herstellung des über das ganze Telegraphengebiet der kontrahirenden Staaten sich erstreckenden Taxkarten, des Det-Reglements, der reglementarischen Bestimmungen, welche sich auf das Verhältniß der Telegraphen-Anstalten zum Publikum beziehen, ferner die Aufstellung der Grundlagen für eine die Vereins-Korrespondenz betreffende Statistik und die Zusammenstellung des von den Verwaltungen hiernach zu liefernden Materials. Die Zeitschrift des deutsch-österreichischen Telegraphen-Vereins hört auf zu erscheinen. Als Abgang ist den Protokollen ein Verzeichniß der direkten Telegraphen-Leitungen für die Vereins-Korrespondenz zwischen den wichtigsten Stationen, welche spätestens bis zum 1. Juli 1870 vorhanden sein müssen, beigegeben worden. — Der Dampf-Wiso „Loreley“ ist, nachdem er seine Vermessungsarbeiten für dieses Jahr beendet hat, in Garmisch und die Korvette „Vineta“, nachdem sie von ihrer Expedition nach Ostasien zurückgekehrt, in Kiel außer Dienst gestellt worden.

## Berlin, 4. November.

Zur letzten Anwesenheit Sr. Kgl. Hoh. des Kronprinzen in der Provinz Schlesien meldet die „Schles. Ztg.“ noch aus Liegnitz, wo Se. K. Hoh. längeren Aufenthalt nahm: „Nachdem Se. K. Hoh. Sonnabend um 3 Uhr von Pless die Reise nach Liegnitz angetreten, traf derselbe gegen 11½ Uhr Nachts mit dem Schnellzuge hier ein. Das auf dem Bahnhof-Peron trotz der späten Stunde zahlreich versammelte Publikum begrüßte den von den Spitzen der Behörden empfangenen hohen Gast durch wiederholte enthusiastische Hurrahs. Nach kurzem Verweilen im Empfangszimmer bestieg Se. K. Hoh. die bereitstehende Equipage und fuhr direkt nach der Kaserne, um in der Speise-Anstalt des Offiziers-Korps der hiesigen Garnison das Souper einzunehmen. Die Häuser der zu passirenden Straßen, darunter besonders die Beer'schen Gebäude, waren festlich erleuchtet. Im Kaiserhofe angekommen, ließ Se. K. Hoh. sich zunächst das versammelte Offiziers-Korps des Königs-Grenadier-Regiment vorstellen (auch die Offiziere des in Löwenberg garnisirenden Füsilier-Bataillons waren gegenwärtig) und unterhielt sich dann in leutseliger Weise mit einigen decorirten Unteroffizieren, von denen Se. Königl. Hoh. einen vor Kurzem vom Potsdamer Lehr-Bataillon hierher zurückgekehrten sofort wieder erkannte. Das etwa um 12 Uhr beginnende Souper, an welchem im Ganzen 51 Gäste theilnahmen — die auf dem Hofe aufgestellte Goldschmidt'sche Regiments-Kapelle machte die Tafelmusik — erreichte gegen 2 Uhr sein Ende, worauf Se. K. Hoh. sich ins Schloß verfügte. Sonntag Morgen gegen 9 Uhr — von vielen Häusern wehten Fahnen in den preussischen Landesfarben — wohnte Se. K. Hoh. in der Oberkirche, wo Hr. Ober-Diakonus Penzig die Reformations-Festpredigt hielt, dem Gottesdienste bei. Se. K. Hoh. nahm in der sogenannten „Regierungs-Loge“ neben dem Regierungs-Präsidenten, Freiherrn v. Zeibitz-Neutrich und dem Ober-Bürgermeister Voet Platz und fuhr sofort nach beendeter Gottesdienste nach dem Schlosse zurück. Wie wir vernahmen, hat der Kronprinz sich in anerkanntester Weise über die gehörte Predigt ausgesprochen. — Bald nach 11 Uhr begab sich der hohe Gast, welcher die Uniform seines Dragoner-Regiments trug, auf den Bahnhof, um nach Sagan weiter zu reisen, unterhielt sich hier noch mit einigen Herren, namentlich Offizieren, und um 11½ Uhr brauste der Zug von dannen.“ — Der Kronprinz tritt heute Abend mit der Tochter, Prinzessin Charlotte, in Begleitung des Adjutanten, Hauptmann v. Jaschke, die Reise nach England an. Der Hofmarschall Graf Eulenberg, welcher vorausgereist ist, schließt sich in Brüssel der Begleitung an. — Der hiesige spanische Geschäftsträger, Legations-Sekretär Diaz del Moral (bisher erster Gesandtschaftssekretär), hat vor einigen Tagen Herrn v. Thile angezeigt, daß er beauftragt sei, offizielle Beziehungen zu der preussischen Regierung zu unterhalten. Bekanntlich ist die gleiche Anzeige von Seiten der preussischen Gesandtschaft in Madrid erfolgt. — Zwischen der preussischen und württembergischen Regierung ist unterm 18. August und 9. September d. J. ein Uebereinkommen geschlossen worden, vermöge dessen gegenseitig die Naturalisation einer dem anderen Staate angehörenden Person nicht eher erfolgen soll, als bis dieselbe ihre Entlassung aus dem bisherigen Staatsverbande in urkundlicher Form nachgewiesen haben wird. Dagegen braucht die Ertheilung der Entlassungs-Urkunden an die nach dem Königreiche Württemberg auswandernden Preußen von dem Nachweise, daß der württembergische Staat sie aufnehmen bereit ist, nicht ferner abhängig gemacht zu werden. Der Minister des Innern hat unterm 44. d. M. die Ober-Präsidenten ersucht, das Ereignis zu veranlassen, daß die betreffenden Provinzialbehörden, wegen genauer Innehaltung dieses Uebereinkommens, in allen vorkommenden Fällen mit entsprechender Weisung versehen werden. — **Mendelsburg, 3. November.** Provinziallandtag. In Betreff der Proposition Ahlstedt's (Provinzialfonds) wurden Theil 1 und 2 der Ausschussanträge einstimmig in Schlussberatung angenommen. Die Propositionen, betreffend Regelung des Hypothekensystems, Erleichterung einer Realsschule erster Ordnung in Mendelsburg und Vergütung des Wildschadens wurden zur Berücksichtigung empfohlen. — **Hamburg, 1. Novbr.** Gegen die neue holländische Anleihe (ich glaube, es ist die dritte oder gar die vierte in diesem Jahre) wird auch hier agitiert, allein ohne sonderlichen Erfolg, zumal unsere Börse durch die isolirte Stellung Hamburgs der Fondsspekulation immer weiter die Thüren öffnet und zu viele Leute hier leben, welche von „Geschäften“ leben, statt Geschäfte zu machen. — Die Gröfzung des zollvereinsischen Hauptkolonnates hat gestern stattgefunden, bei welcher Gelegenheit Herr v. Jordan uns ermahnte, „so redlich als möglich“ zu handeln, was wir denn auch ganz gewiß thun werden, besonders gegen uns selbst und unsere Familien. — In Altona ist eine neue Zeitung („Altonaer Zeitung“), Cassaleanischer Tendenz, erschienen. Ueberhaupt scheint die Politik, namentlich die oppositionelle Politik, eine prononciert sozialistische Richtung einschlagen zu wollen. So auch in Hamburg. Der Streit um Verfassungsparagrafen ruht; dagegen stürmen die Organe der öffentlichen Meinung heftig gegen die Sünden und Laster der höheren Stände und gegen die schlechte Justiz, welche eigens zum Schutze für jene Stände erfunden zu sein scheint, an. Diese Taktik ist in einer Handelsstadt bedenklich. Radikale und Pietisten stoßen dabei in ein und dasselbe Horn und weichen nur in den Ansichten von den Heilmitteln ab. Die politischen Parteien sind seit den Wahlen so gut wie todt. Die konstatirt und durch den Nordbund geliebte Allmacht unserer Stadtoligarchie verbietet den politischen „Kraut“ von selbst. Um so verbessener zerrt man jetzt an den Standesinteressen herum, und da der staatliche Rahmen dieser Agitationen ein sehr kleiner ist, so bluten sie moralisch nach jedem geführten Schläge. Ist doch in keiner Stadt z. B. der Cassaleanismus zahlreicher vertreten, als hier, wo er bei nur halbwegs gesunden handelspolitischen Verhältnissen eine Unmöglichkeit sein müßte.

## Strelitz, 1. November.

Erst der vorgestern ausgegebene Mecklenburg-Strelitzsche „Offizielle Anzeiger“ bringt die vom 17. Oktober datirte amtliche Bekanntmachung der Ernennung des Königl. hannoverschen Staatsministers a. D., Freiherrn v. Hammerstein, zum Großherzoglich strelitzschen Staatsminister und Vorgesetzten im Staatsministerium und in der Landesregierung. Dem Präsidenten der letzteren, Geh. Rath v. Kardorff, ist das Prädicat „Excellenz“ beigelegt worden. Gleichzeitig hat der Großherzog den Freiherrn von Hammerstein zum Ordenskanzler des Hausordens der Verd'schen Krone und zum Großkreuz dieses Ordens ernannt. — **Musand.** Das Abgeordnetenhaus nahm heute ein Gesetz an, nach welchem das Kapital der Nationalbank um 20¼ Millionen Gulden reduziert werden soll. Der Justizminister brachte einen Gesetzesentwurf ein, betreffend die Organisation des Reichsgerichts. — Das Herrenhaus hat heute das Heeresergänzungsgesetz für das Jahr 1868 angenommen, desgleichen die Konfessionsordnung in der von dem Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung. Das Herrenhaus genehmigte ferner den Steuer-Regulirungsvertrag, wie auch den mit der Schweiz abgeschlossenen Grenzregulirungsvertrag. — Zehn Herrenhausmitglieder, darunter Kardinal Naufcher, haben ihr Mandat für die Reichstags-Delegation niedergelegt. — **Florenz, 29. Oktober.** Man ist hier noch immer in großer Besorgniß, daß am 3. November, als dem Jahrestag Mentana's, an einzelnen Punkten Unruhen entstehen möchten; diese Besorgniß ist besonders darauf gegründet, daß sich Proklamationen, worin die Dynastie nicht geschont und Rache für Mentana als Lösungswort ausgegeben wird, stets aufs Neue wiederholen. Garibaldi hat zwar eine solche Agitation in einem Schreiben getadelt, in welchem er die Meinung aussprach, daß unfruchtbare Demonstrationen, welche von der Regierung leicht mit Gewalt unterdrückt werden würden, nicht zum Ziele führen könnten. Es giebt aber Leute, welche noch radikaler sind als Garibaldi und selbst als Mazzini, und im Namen Beider Dinge aussprechen, an welche diese niemals gedacht haben. Aus den Provinzen laufen jedoch täglich Versicherungen hier ein, daß an jenem Tage nichts geschehen würde; es ist wohl möglich, daß einzelne eraltirte Köpfe den Versuch machen, den Volkszulauf, der am Allerheiligentag nach frommem Gebrauch zu den Friedhöfen stattfindet, dazu benutzen suchen, um aufwieglerische Reden zu halten; aber die Gelegenheit wäre dazu schlecht eronnen und es ist kaum wahrscheinlich, daß dadurch auch nur eine ernstliche Störung irgendwie hervorgerufen werden würde. — Das wichtigste Ereigniß des Tages ist die Rede, welche der Finanzminister Graf Cambray-Digny vor den Wählern von Borgo San Lorenzo gehalten hat. Diese versammelten sich, um ihrem Deputirten, Marchese Corsini, ein Festessen zu geben, und da der Finanzminister Graf Cambray-Digny in jenem Districte Wähler ist, so benutzte er diese Gelegenheit, um ein förmliches ministerielles Programm aufzustellen, welches hauptsächlich auf die Nothwendigkeit hinwies, fest bei dem Vorgehen zu verharren, auf dem betretenen Wege die Herstellung des Gleichgewichts in den künftigen Budgets zu erzielen. Er gab zu, daß die bis jetzt votirten Finanzgesetze diesen Zweck nicht ganz erreichten und daß noch andere Finanzmittel dazu eronnen werden müßten; er sprach aber die Zuversicht aus, daß die Deputirtenkammer auch ferner das Ministerium unterstützen werde. Diese Rede wird, wie dies zu erwarten war, von der Opposition heftig angegriffen; das Mindeste, was man davon sagt, ist, daß aus den Worten des Ministers hervorgehe, die Regierung wolle bei den alten Fehlern beharren, welche die jetzige schwierige Finanzlage geschaffen haben. Indessen findet Graf Cambray-Digny in der ministeriellen Presse rühmliche Vertheidiger; nur theilen dieselben nicht seine Zuversicht in Betreff einer ministeriellen Mehrheit der Kammer; denn diese Mehrheit sei immer eine so schwache gewesen, daß die Befürchtung nahe liegt, das Ministerium könne zu fälliger Weise einmal, wenn seine Anhänger im Besuche der Sitzungen säumig seien, der Opposition unterliegen. — **Florenz, 2. November.** Die „Correspondance Italienne“ erklärt, Freiherr v. Beust habe die ihm zugeschriebene Phrase „Italien habe nicht immer freie Hand“ in der bekannten Rede im Wehrausschuß nicht gebraucht. Der österreichische Reichskanzler habe lediglich die guten Beziehungen zwischen Oesterreich und Italien konstatirt und sodann zugefügt: Man müsse nicht vergessen, daß die italienischen Agitationen in Tyrol und Istrien sich ohne Hinzuthun der italienischen Regierung kundgaben. Die Regierung sei nicht im Stande, dieselben zu verhindern. Aus diesen Worten gehe hervor, sagt die Korrespondenz, daß Frhr. v. Beust nichts Beliebiges oder Unliebsames für Italien habe sagen, vielmehr der Loyalität und Aufrichtigkeit der italienischen Regierung seine Anerkennung habe zollen wollen. — **London, 3. November.** Die Kronprinzessin von Preußen wird morgen in Windsor erwartet. — Prinz Alfred, welcher wegen Beschädigung der Fregatte „Galathea“ seine Reise nach nicht antreten konnte, ist vorläufig hierher zurückgekehrt. — **Madrid, 3. November.** Durch ein Dekret des Marineministers wird die Dienstzeit in der Marine um 2 Jahre vermindert. Auf Grund eines zweiten Dekretes avanciren alle Offiziere und Unteroffiziere in der Marine bis zum Linienfähnrich-Leutnant aufwärts um einen Grad, oder erhalten die entsprechende Beförderung. — **Kopenhagen, 3. November.** Die preussische Brigg „Ludwig“, Kapit. Flemming aus Stettin, gerieth gestern bei Dragør (Seeland) auf den Grund. Die Ausladung hat begonnen. — **Petersburg, 3. November.** In der Reichsbank wurde eingezahlt vom 26. Oktober bis 2. November an Gold und Silber laut Cours 4¼ Millionen. — **Konstantinopel, 21. Oktober.** Der Staatsrath ist augenblicklich mit der Ausarbeitung zweier Gesetzesvor schläge beschäftigt, die binnen Kurzem dem Sultan zur Bestätigung vorgelegt werden sollen. Das erste dieser Gesetze betrifft den Primärunterricht, der, mit einigen unwesentlichen Modifikationen, nach dem Muster des französischen Gesetzes organisiert werden soll. Das andere Gesetz, das im Staatsrath vielfachen Erörterungen unterzogen worden ist, hat die Regelung der Presseverhältnisse im Auge. Es soll, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, eine Kautelen und keinerlei Stempelsteuer von den in der Türkei erscheinenden Journalen erhoben werden, und einige Mitglieder des Staatsrathes gingen sogar so weit, das Erforderniß der vorherigen Autorisation von Seiten der Behörden für ein neu erscheinendes Blatt beseitigt wissen zu wollen. Gegen diesen Vorschlag wurden jedoch Gründe geltend gemacht, die ihn als den Staats-Interessen zuwider bezeichneten und man nahm in Folge dessen von demselben Abstand. Wenn, gab man zu bedenken, die Presseorgane sich darauf beschränken wollten, nur die Verwaltungsakte oder die auswärtige Politik der Regierung zu kritisiren, so liege in der Aufhebung dieser letzten gesetzlichen Schranke keine Gefahr; allein es gäbe in der Türkei verschiedene Journale, die von den Feinden — nicht der Regierung — sondern der ganzen muslimännischen Race unterhalten würden, und deren offen zugestandenes Streben dahin zielt, die Moslems ganz aus Europa zu verdrängen und an ihrer Stelle die christliche Herrschaft in Konstantinopel einzusetzen. Als Beispiel führt man an, daß die Thronrede des Sultan Abdul-Aziz zur Eröffnung des Staatsrathes in der ganzen Presse des Abendlandes wegen der in ihr ausgesprochenen würdigen Ideen beifällig aufgenommen worden sei, während ihr die türkischen Journale der Opposition mit kaum zu verkennender Absichtlichkeit entgegengetreten wären. Durch eine noch größere Erweiterung der Pressefreiheit laufe man nur Gefahr, das Land mit Journalen überschwemmt zu sehen, die lediglich den fremden Interessen dienlich seien. — Ali-Pascha hat neuerdings einen hervorragenden Beweis religiöser Toleranz gegeben, indem er den Bewohnern der Insel Antigone, — zur Gruppe der Prinzen-Inseln gehörig — die um die Erlaubniß zum Wiederaufbau einer schon vor 200 Jahren zerstörten Kirche einkommenden waren, außer der verlangten Genehmigung noch die Summe von 6000 Francs zur Unterstützung des Baues zustellen ließ. Im Gegentheil dazu geben die christlichen Seiten in der Türkei nicht immer Beispiele großer Verträglichkeit. Die griechischen Journale ergeben sich mit außerordentlicher Heftigkeit gegen das Einladungs schreiben des Papstes zum öumenischen Konzil und als der römische Bischof, Vicar Hassun, dem griechi-



Alamburg . . . . .	6 Tag.	151 bz
" . . . . .	2 Mt.	150 $\frac{1}{4}$ B
Amsterdam . . . . .	8 Tag.	142 $\frac{1}{4}$ bz
" . . . . .	2 Mt.	142 $\frac{1}{4}$ B
London . . . . .	10 Tag.	6 24 $\frac{1}{4}$ bz
" . . . . .	3 Mt.	6 23 $\frac{3}{4}$ B
Paris . . . . .	10 Tg.	81 $\frac{1}{11}$ B
" . . . . .	2 Mt.	81 $\frac{1}{11}$ B
Bremen . . . . .	3 Mt.	—
St. Petersburg . . . . .	3 Wch.	—
Wien . . . . .	8 Tag.	—
" . . . . .	2 Mt.	—
Preuss. Bank . . . . .	4	Lomb. 4 $\frac{1}{2}$ %
Sta.-Anl. 5457 . . . . .	4 $\frac{1}{2}$	—
" . . . . .	5	—
St.-Schldsch. . . . .	3 $\frac{1}{2}$	—
P. Präm.-Anl. . . . .	3 $\frac{1}{2}$	—
Roman. Pfdb. . . . .	3 $\frac{1}{2}$	—
" . . . . .	4	—
" Rentenb. . . . .	4	—
Ritt. P. P. B. A. . . . .	4	—
Berl.-St. E. A. . . . .	4	—
" Prior. . . . .	4	—
" . . . . .	4 $\frac{1}{2}$	—
Starg.-P. E. A. . . . .	4 $\frac{1}{2}$	—
" Prior. . . . .	4	—
St. Stadt-O. . . . .	4 $\frac{1}{2}$	92 $\frac{1}{2}$ B
St. Börsenhans-O. . . . .	4	—
St. Schauspiel-O. . . . .	5	—
Pom. Chausseb.-O. . . . .	5	—
Freienhag. Kreis-O. . . . .	5	—
Pr. National-V.-A. . . . .	4	114 B
Pr. See-Assecuranz . . . . .	4	—
Pomerania . . . . .	4	116 B
Union . . . . .	4	107 $\frac{1}{2}$ B
St. Speicher-A. . . . .	5	—
Ver.-Speicher-A. . . . .	5	—
Pom. Prov.-Zuckers. . . . .	5	—
N. St. Zuckersied. . . . .	4	160 B
deusch. Zuckerfabrik . . . . .	4	—
Bredow . . . . .	4	—
Walzmühle . . . . .	5	—
St. Portl.-Cementf. . . . .	4	—
St. Dampfschlepp G. . . . .	5	—
St. Dampfschiff-V. . . . .	5	—
Neue Dampfer-C. . . . .	4	95 B
Germania . . . . .	—	100 B
Vulkan . . . . .	—	—
St. Dampfmühle . . . . .	4	112 B
Pommerensd. Ch. F. . . . .	4	205 B
Chem. Fabrik-Ant. . . . .	4	—
St. Kraftdünger-F. . . . .	—	—
Gemeinn. Bauges. . . . .	5	—
Arabow Stadt-Obl. . . . .	5	—